



 **Pressemitteilung**

Kommunikation ● 27.02.2024

EU-Kleinanlegerstrategie droht, Banken und Verbraucher mit neuer Bürokratie zu belasten

Genossenschaftsverband Bayern reagiert mit Kritik auf die neuesten Berichte über die Verhandlungen im Europäischen Parlament zur EU-Kleinanlegerstrategie.


Diesem zufolge soll für die Abwicklung von Finanzgeschäften ohne Beratung eine provisionsbasierte Bezahlung verboten werden. Außerdem würde das Parlament – anders als bisher diskutiert – dem Vorschlag der EU-Kommission folgen, die Angabe eines neuen, von europäischen Finanzbehörden erstellten Preis-Leistungs-Benchmarks in der Beratung verpflichtend zu machen. Der Präsident des GVB, Gregor Scheller, warnte in diesem Zusammenhang vor zusätzlicher Bürokratie und kontraproduktiven Effekten:

„Die Einführung eines Provisionsverbots für das beratungsfreie Geschäft halte ich für einen großen Fehler. Denn es zwingt Finanzdienstleister wegen des Kostendrucks, ihr Angebot einzuschränken. Dies würde für Kleinanleger einen erschwerten Zugang zu den Kapitalmärkten bedeuten. Vermögensbildung und Altersvorsorge würden somit erheblich geschwächt. Auch der Vorschlag, behördliche Referenzbenchmarks zu bestimmen, greift in den Markt ein und reduziert das Produktangebot, bei gleichzeitig deutlich mehr Bürokratie. Im Gesamtergebnis würden beide Regelungen zum Nachteil der Verbraucherinnen und Verbraucher das Angebot an Bankleistungen verringern.“

Der Verband, der unter anderen die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken vertritt, sieht jetzt die Politik in der Pflicht, weitere Bürokratie zu verhindern. Gregor Scheller betont hierzu:

„Die europäische Politik muss ihren Worten Taten folgen lassen, keine neue Bürokratie mehr zu produzieren. Ein Teilprovisionsverbot und behördliche Referenzbenchmarks würden sowohl bei Verbrauchern als auch bei Banken höhere Kosten verursachen. Deshalb steht das Vorhaben in großem Widerspruch zu der Ankündigung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Bürokratie reduzieren zu wollen. Die Politik sollte den Bürgern mehr vertrauen. Kleinanleger sollen selbst entscheiden können, welche Art der Finanzdienstleistung sie wählen. Mündige und eigenverantwortliche Bürger wissen selbst am besten, wie sie sich beraten lassen möchten und welche Produkte zu ihnen passen.“

Weitere Informationen


 [Alle Pressemitteilungen](#)



Burkhard Rüdiger

Stv. Pressesprecher

Mitgliederentwicklung und Kommunikation > Medien und Kommunikation

 +49 (89) 2868-3413

 presse@gv-bayern.de